

Legislative nicht umgehen

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats (APK) hat mit Bundesrat Ignazio Cassis eine Diskussion zur Kompetenzverteilung in der Aussenpolitik geführt. Sie will nun prüfen, ob gesetzgeberischer Handlungsbedarf besteht.

Eine Subkommission soll die Rolle des Parlaments bei der Entstehung von Soft Law vertieft analysieren, wie die Parlamentsdienste am Dienstag mitteilten. Namentlich soll sie prüfen, ob es Gesetzesänderungen braucht, damit die parlamentarischen Mitwirkungsrechte gewährleistet sind.

Anlass für die Diskussion waren parlamentarische Vorstösse sowie ein Bericht. Der Bundesrat verspricht darin, das Parlament künftig früher und besser über internationale Vorhaben wie den UNO-Migrationspakt zu informieren. Neue

rechtliche Grundlagen sind aus seiner Sicht nicht nötig.

Wachsender Unmut

Als Soft Law werden internationale Instrumente bezeichnet, die rechtlich nicht verbindlich sind, aber bestimmte Verhaltensweisen vorgeben. Bei einer Verletzung der Bestimmungen drohen einem Staat schlimmstenfalls politische Sanktionen.

Mit der Zunahme von Soft Law ist im Parlament der Unmut darüber gewachsen. Parlamentarierinnen und Parlamentarier kritisieren, damit werde die Legislative umgangen. Aus diesem Grund wurde vor einigen Jahren die Konsultationspflicht ausgedehnt. Trotzdem sei es vereinzelt zu unbefriedigenden Situationen gekommen, räumt der Bundesrat in seinem Bericht ein. Daraus sollte aber nicht voreilig der Schluss gezogen werden, dass die Rechtsgrundlagen nicht genügen. Über Mitspracherechte

diskutierte die APK auch im Zusammenhang mit dem institutionellen Rahmenabkommen. Beat Rieder (CVP/VS) fordert mit einer Motion, dass der Bundesrat – sollte er dem Parlament das institutionelle Rahmenabkommen unterbreiten – dies zusammen mit einer gesetzlichen Grundlage tut, die den demokratischen Prozess der Übernahme von EU-Recht definiert und das Mitspracherecht von Parlament, Volk und Kantonen gewährleistet.

Die Kommission vertagte den Entscheid zum Vorstoss. Sie will die Frage erneut aufnehmen, wenn das institutionelle Abkommen vorliegt. An ihrer Sitzung liess sich die APK über den Verhandlungsstand zu den vom Bundesrat angestrebten Präzisierungen am Abkommen informieren. Was sie dabei erfahren hat, gibt sie jedoch nicht bekannt. Abgelehnt hat die APK eine Motion von Nationalrätin Sibel Arslan



Mitspracherecht. Ständerat Beat Rieder will bei Übernahme von EU-Recht das Mitspracherecht gewährleisten.

FOTO MENGIS MEDIA

(Grüne/BS), die verlangt, dass die APK jeweils über den Stand der Verhandlungen von Freihandelsabkommen informiert wird. Kommissionspräsident Damian Müller (FDP/LU) fällt den Stichtscheid. **sda**